

## **In Zukunft fair. Intra- und Intergenerationelle Gerechtigkeit– eine internationale Perspektive**

*Von Michael Kopatz*

### **1. Einführung**

*Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben.*

*Pierre Teilhard de Chardin (1881 - 1955)*

Die Zukunft der kommenden Generationen sieht nicht gerade rosig aus. Bund, Länder und Gemeinden sind hoffnungslos verschuldet, für die Auszahlung der Pensionen wurden keine Rücklagen gebildet und durch den demographischen Wandel scheinen die Renten der heute Jugendlichen gefährdet ebenso wie ihre zukünftige Gesundheitsversorgung. Da die sozialen Sicherungssysteme im Grunde für eine Vollbeschäftigungsgesellschaft konzipiert sind, verschärft das Heer der Arbeitslosen die Situation zusehends. Angesichts dieser Probleme wird allzu leicht darüber hinweggegangen, dass die zukünftigen Generationen auch in ökologischer Hinsicht gefährdet sind. Über zwei Aspekte wird in der Öffentlichkeit gegenwärtig wieder stärker diskutiert. So geben die zahlreichen Wirbelstürme auch den größten Klimaskeptikern zu denken, und die Zeiten billigen Öls scheinen passé.

Während die Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen revidierbar sind, schaffen lediglich 20 Prozent der Weltbevölkerung durch die aggressive Vergeudung von endlichen Ressourcen unwiderrufliche Fakten. Unser Lebensstil, die Produktions- und Konsummuster der globalen Vielverbraucher in den Industrieländern und den Wohlstandsinseln des Südens, ist nicht generationengerecht. Dieser These wird im Folgenden vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitskonzepts nachgegangen.

Nachhaltige Entwicklung bezeichnet eine Entwicklung, welche den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Mit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro wurde 1992 Nachhaltigkeit international als normatives Leitprinzip der Staatengemeinschaft anerkannt und als Grundprinzip in der Agenda 21 verankert.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Gerechtigkeitsbegriff, wird das Gerechtigkeitspostulat der Nachhaltigkeit in Hinblick auf die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen erläutert. Dabei werden nationale von internationalen Aspekten unterschieden.

## **2. Was ist Gerechtigkeit?**

Gerechtigkeit, so sagte Augustinus, unterscheidet eine Gesellschaft von einer Räuberbande. Für ihn ist Gerechtigkeit ein Gegenbegriff zur Gewalt, ohne sie lauern Regellosigkeit und die Macht des Stärkeren. Wo hingegen Gerechtigkeit waltet, da sind Menschen nicht der Willkür ausgesetzt, es herrschen objektive und anerkannte Regeln, welche insbesondere das Handeln der Mächtigen binden. Nicht alles soll von Launen, Abneigung oder Zuneigung abhängig sein. Menschen können voneinander bestimmte Handlungen verlangen, ja unter Umständen schulden sie sich diese. Bei Gerechtigkeit geht es also um soziale Verbindlichkeit, um Rechte, die zu erfüllen ein anderer die Pflicht hat. Damit ist sie zu unterscheiden von Solidarität, Großzügigkeit oder Barmherzigkeit, die man nur erhoffen oder erbitten kann (Wuppertal Institut 2005:132). Nicht nur soziale Handlungen von Personen, auch soziale Strukturen werden als gerecht oder ungerecht angesehen. Deshalb liegt eine Unterscheidung zwischen personaler und politischer Gerechtigkeit nahe. Bei der politischen Gerechtigkeit geht es um Gesetze, Institutionen und Verfahren. Da es kein objektives Bild von Gerechtigkeit oder sozialer Nachhaltigkeit gibt, müssen die politischen Entscheidungsträger darüber zusammen mit den gesellschaftlichen Akteuren und Bürgern beraten – und zwar immer wieder aufs Neue.

## **3. Gerechtigkeit innerhalb einer Generation**

Verfolgt man die Nachhaltigkeitsdiskussion, so kann gelegentlich der Eindruck entstehen, die moralische Aufmerksamkeit würde nur zukünftigen Generationen zugewendet. Doch tatsächlich wäre es unhaltbar, die heutigen Lebensverhältnisse zu ignorieren. Die Notwendigkeit, auch die gegenwärtige Erfüllung grundlegender menschlicher Bedürfnisse sicherzustellen, ist ein ständig mit zu bedenkendes Korrektiv gegenüber einer ökologischen Langzeitorientierung (SRU 2002:58).

### ***National***

Vor dem Hintergrund der recht kontroversen Debatte über soziale Gerechtigkeit lassen sich zur Orientierung *vier* Konzepte bzw. *Paradigmen sozialer Gerechtigkeit* unterscheiden: *Bedarfsgerechtig-*

*keit und Leistungsgerechtigkeit* können als Varianten von Verteilungsgerechtigkeit verstanden werden und sind trotz ihrer Gegensätzlichkeit vereinbar. Deutschlands soziale Sicherungssysteme berücksichtigen zum einen die Bedürftigkeit als Kriterium für die Zuteilung von Sozialleistungen, zum anderen die erbrachten persönlichen Leistungen (z.B. Höhe der Altersversorgung). Davon setzen sich die Konzepte der *produktivistischen Gerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit* ab. Beim ersten geht es um die Mehrung der gesellschaftlichen Güter, also um die Produktion einer größeren Verteilungsmasse. Vorübergehende Ungleichheiten in der Distribution sind im Interesse der kollektiven Wohlfahrt in Kauf zu nehmen. Anders formuliert kommt es auf die Gesamteffizienz an. Wichtig ist, dass der Kuchen wächst, weniger wie er verteilt wird. Das Konzept der Teilhabegerechtigkeit fokussiert auf mögliche Benachteiligungen durch Alter, Geschlecht, Religion usw. Hier geht es nicht um soziale Besserstellung, sondern beispielsweise um Anerkennung und Partizipation (Leisering 2004). Zum Nutzen für die Schwächsten können im Sinne der Teilhabegerechtigkeit durchaus Verluste an Gesamteffizienz in Kauf genommen werden.

Während Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit in unserem Wohlfahrtssystem zwar verankert sind, jedoch im Zuge der Globalisierungsdiskussion und durch „Standort-Deutschland-Parolen“ zunehmend in Frage gestellt werden, wird das Paradigma einer produktivistischen Gerechtigkeit von den Anhängern einer neoliberalen Wirtschaftsphilosophie implizit befürwortet. Als Gegenpol und Korrektiv kann die Teilhabegerechtigkeit verstanden werden.

Im Zentrum der Gerechtigkeitsdiskussion auf nationaler Ebene steht in Deutschland das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit. Die Arbeit gab und gibt dem Leben der Menschen Sinn und Perspektive. Sie integriert die Menschen in Welt und Gesellschaft. Um Arbeitsplätze in Deutschland zu halten und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren wird an erster Stelle die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums betont. Viele sind davon überzeugt, dass insbesondere durch die Senkung der Lohnnebenkosten (Stichwort: Agenda 2010) die Zahl der Arbeitsplätze steigt und das Wirtschaftswachstum anzieht. Doch nicht allein durch den Abbau der Arbeitslosigkeit entsteht Gerechtigkeit. Auch Teile der arbeitenden Bevölkerung leben am Existenzminimum. Der Wohlstand wächst in den obersten Einkommensschichten stärker als in den untersten. Nationale Gerechtigkeit innerhalb unserer Generation bedeutet auch ganz grundsätzlich, die sozialen Ungleichheiten zu mindern bzw. an der Armutsgrenze lebenden Menschen zu mehr Wohlstand zu verhelfen.

In ökologischer Hinsicht geht es in diesem Kontext um »Umweltgerechtigkeit« (Maschewsky 2004). Denn *zum einen* treffen Umweltbelastungen wie Lärm und Luftschadstoffe stärker einkom-

menschschwächere Gruppen. *Zum anderen* spiegelt sich die soziale Ungleichheit in einem gewissen Grad in der Ungleichheit des Ressourcenkonsums wider. Zu fragen wäre hier, inwiefern der Umweltverbrauch mit der Einkommensklasse wächst. Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird sich in Folge einer verschärfenden Ressourcenknappheit vermutlich noch erheblich vergrößern. Es würde als »ungerecht« empfunden, wenn nur noch die »Besserverdienenden« oder »Leistungsträger« Auto fahren könnten. Vermutlich würde es auch als ungerecht empfunden, wenn die Preise für Flugreisen wieder auf das Niveau vor der Liberalisierung anstiegen. Da wir materiell auf sehr hohem Level leben, werden die wenigsten mit Rückschritten einverstanden sein oder sich gar freiwillig einschränken. Damit wird die Anpassungsfähigkeit unserer Gesellschaft in Frage gestellt. Und die Gefahr gesellschaftlicher Konflikte steigt, je teurer Ressourcen werden.

Viel dramatischer als in Deutschland verschärft sich in vielen anderen Gesellschaften die soziale Spaltung. Weltweit gibt es in den letzten zwei Jahrzehnten den klaren Trend, dass die Ungleichheit innerhalb der Nationen gestiegen ist (Weltentwicklungsbericht 2005:55). Brasilien ist international als eines der Länder mit der ungerechtesten Besitz- und Einkommensverteilung bekannt. Zehn Prozent der ärmsten Bevölkerung haben lediglich einen Anteil von 0,7 Prozent am nationalen Einkommen, die reichsten zehn Prozent hingegen annähernd die Hälfte (47 Prozent). Lag der Gini-Index<sup>1</sup> Mitte der 1970er Jahre noch bei 49,3 Punkten, ist er bis 1996 auf 53,8 und bis 2001 auf 59,3 gestiegen (Weltentwicklungsbericht 2005:55). Investitionen in Häfen und Straßen, Stahlwerke und Düngemittelfabriken haben möglicherweise das Volkseinkommen steigen lassen, aber sie sind kaum nach unten bis zu den Armen durchgesickert. Tatsächlich waren Jahrzehnte falsch ausgerichteter Entwicklungshilfe nötig, um zu entdecken, dass es nur einen losen Zusammenhang zwischen dem Niveau des Wirtschaftswachstums und dem der Armut gibt. Wie sich herausstellte, reicht Wachstum nicht aus, um die Armut zu bekämpfen; Landrechte, Zusammenhalt der Gemeinschaft und Selbstorganisation sind mindestens genauso wichtig. Doch gerade diese Bedingungen für den Lebensunterhalt werden häufig mit dem Streben nach Wachstum ausgehöhlt. Staudämme vertreiben Menschen, Maschinen ersetzen Landarbeiter, Marktfrüchte verdrängen Subsistenzerzeugnisse, Abwanderung in die Großstädte folgt auf den Verlust der Selbstsicherheit (Sachs 2002).

---

<sup>1</sup> Der Ginikoeffizient oder auch Gini-Index ist ein statistisches Maß für Verteilungsgleichheit, entwickelt vom italienischen Statistiker Corrado Gini. Er wird besonders in der Wohlfahrtsökonomie verwendet. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 100 Prozent annehmen. Je näher der Ginikoeffizient an 100 Prozent liegt, desto größer ist die Ungleichheit (zum Beispiel einer Einkommensverteilung). Der Ginikoeffizient für die Einkommensverteilung liegt in Deutschland bei 0,274 (2003), in Frankreich bei 0,327 (1995), in Schweden bei 25,0 (1999), in Japan bei 4,9 (1993) und in den USA bei 40,8 (2000) (Quelle: United Nations Human Development Report 2004 und 2005).

**Box:** ÖPNV in Los Angeles

Der Öffentliche Personennahverkehr im Großraum Los Angeles versorgt ein sehr großes und dezentralisiertes Gebiet mit mehr als neun Millionen Einwohnern. Der einzige öffentliche Transport erfolgt mit Bussen, die häufig in schlechtem Zustand und überfüllt sind. Nutzer müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen; überfüllte Busse fahren an Haltestellen vorbei, ohne anzuhalten. Das Bus-system wird von armen, meist farbigen Personen genutzt, die sich kein Auto leisten können. In den letzten Jahren hat sich trotz steigender Bevölkerungszahl das Busangebot weiter verschlechtert, weil die Verkehrsgesellschaft MTA die Busse nicht mehr hinreichend erneuert. Sie setzt stattdessen auf den Bau eines S-Bahn-Systems, in das in 30 Jahren 183 Milliarden Dollar investiert werden sollen.

Das konzipierte Schienennetz sollte vor allem "weiße" Vororte untereinander und mit den Geschäftszentren verbinden. Die Anbindung der Wohngebiete der so genannten "Minderheiten" - in Los Angeles bilden Latinos allerdings die Mehrheit - an Geschäftszentren und Gewerbegebiete war viel weitmaschiger angelegt und erst für später geplant. Eine breite Koalition von afroamerikanischen und Latino-Gruppen legte dagegen erfolgreich Klage ein. Ein vom Gericht der MTA zugeordneter "special master" ordnete 1996 den sofortigen Kauf von 500 Bussen an, um den Beförderungsnotstand zu lindern. Als die MTA den Ankauf verzögerte, ordnete ein Bundesrichter 1999 den Kauf von 248 Bussen innerhalb eines Monats an. Zugleich wurde die MTA angewiesen, das geplante Schienenprogramm zugunsten des Busangebots drastisch zu kürzen. (Quelle: [www.umweltgerechtigkeit.de](http://www.umweltgerechtigkeit.de))

**International**

Auch auf internationaler Ebene ist ein erschreckendes Wohlstandsgefälle zu beobachten. Wem sind nicht die Bilder hungernder Kinder in Afrika präsent? Sie sind Symbol einer Paradoxie: Während die Menschheit in Summe genügend Lebensmittel erzeugt, um alle Menschen bequem ernähren zu können und die reichen Länder des Nordens mit Mehrung ihres Wohlstands beschäftigt sind, kämpfen in vielen Teilen der Erde ganze Generationen ums blanke Überleben. Hier setzt die so genannte Entwicklungszusammenarbeit an. Mit dem Ende der Kolonialherrschaft haben die Industriestaaten im Rahmen der Entwicklungshilfe, heute sprechen wir von Entwicklungszusammenarbeit, viele Versuche unternommen, Hunger und Armut in den ärmsten Ländern zu lindern. Es wurden Schulen und Krankenhäuser gebaut, Brunnen gebohrt, Krankheiten bekämpft und vieles mehr. Darüber hinaus sollte die gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft gefördert werden, ebenso wie Frieden, De-

mokratie und Chancengleichheit. Diese Bemühungen waren zwar nicht vergebens, doch wurden die anvisierten Ziele nicht annähernd erreicht. Die grundlegende Versprechung, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich über den gesamten globalen Raum ausbreiten würde, hat sich insbesondere für den afrikanischen Kontinent nicht erfüllt.

Die Einkommenskluft zwischen Nord und Süd vergrößerte sich in einem Ausmaß, dass es inzwischen unvorstellbar ist, sie jemals schließen zu können. 1996 hatten 20 Prozent der in den reichen Ländern lebenden Weltbevölkerung ein verfügbares Einkommen, das 82 mal höher war als das der 20 Prozent ärmsten Erdbewohner. 1960 war es gerade 30 mal höher (HDR 1998:29). Allerdings hat sich die relativ homogene Gruppe der Südländer inzwischen deutlich polarisiert. Eine Gruppe von zehn bis 15 Schwellenländern befinden sich in einer kräftigen nachholenden Entwicklung (Wuppertal Institut 2005:24).

Die reichen Industrieländer sind an dieser Entwicklung nicht unbeteiligt. Sie schädigen die Armen im Süden jedoch weit weniger durch das, was sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen. Die Industrienationen geben mit der einen Hand Beihilfen und Kredite, stellen Fachleute bereit, schreiben Stipendien aus und beteiligen sich am Aufbau des Landes und mit der anderen Hand sichern sie sich billige Rohstoffe, erschweren weiterverarbeitenden Produkten den Zugang zu ihren Märkten, setzen ein Handelssystem durch, das die Starken begünstigt, exportieren Giftmüll, beanspruchen Patentschutz für isolierte Gene aus der tropischen Artenvielfalt usw. Eine große Hilfe wäre es, wenn die Industrieländer ihre Marktmacht weniger stark einsetzen und z.B. auf Einfuhrzölle für weiterverarbeitete Rohstoffe verzichten oder ihre Exportsubventionen für die eigenen Agrarprodukte abbauen würden.

### ***Beispiel: Mikrokredite gegen Hunger***

Viele Menschen in Entwicklungsländern leben von weniger als 50 Euro einen ganzen Monat lang. Die Gründung eines Unternehmens als Weg zur Selbstversorgung scheint da unerreichbar. Oft reichen jedoch schon 50 bis 100 Euro als Anfangsinvestition. Doch wer sollte mittellosen Menschen einen Kredit geben? Hier setzt die Idee des Mikrokredits der Grameen Bank an. Sie vergab Kleinstkredite von meist unter 1000 Euro an Kleingewerbetreibende überwiegend in Entwicklungsländern. Um die Kreditnehmer in einer sozial akzeptablen Weise zur freiwilligen Rückzahlung zu motivieren, werden spezielle Kreditkonditionen festgelegt. Dazu gehört u.a., dass die Bank das Geschäftsmodell des Kreditnehmers sehr gründlich prüft und die Rückzahlungsintervalle und -raten dem

Geldfluss des Unternehmens anpasst (auch wöchentliche oder monatliche Rückzahlung). Viele Mikrofinanzorganisationen vergeben nur an Frauen Kredite, da einerseits Frauen in vielen Ländern als nicht kreditfähig gelten, andererseits aufgrund der Familienverantwortung eine besonders hohe Motivation für langfristig sichere Investitionen haben.

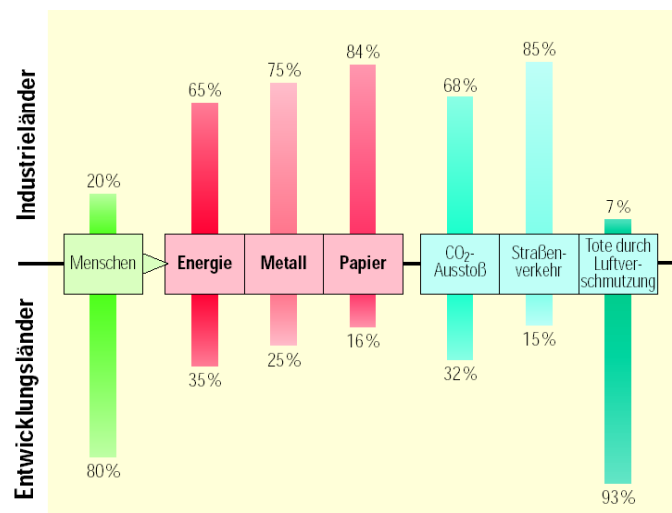
Die armutsmindernde Wirkung von Mikrokrediten ist durch wissenschaftliche Studien belegt. Arme haben in der Regel keinen Zugang zu üblichen Bankkrediten, da sie keine dinglichen Sicherheiten stellen können und der Aufwand pro Kredit klassischen Banken zu hoch erscheint. Infolgedessen bleiben sie oft im informellen Sektor und abhängig von unseriösen Kreditvermittlern, die ihre Armut ausnutzen. Durch die Mikrokredite erhöht sich der Lebensstandard, ablesbar an Marktzugang, organisierter Arbeit, Ansehen und Erhöhung betriebswirtschaftlicher Kompetenz.

Ende der 1990er Jahre gab es vergleichbare Modelle in mehr als fünfzig Ländern, 3 000 Mikrokreditinstitutionen sind in Entwicklungsländern aktiv. Geschätzten 13,8 Millionen Menschen geben sie Kredite, davon 75 Prozent an Frauen. In Vietnam vergibt die Bank for Agriculture and Rural Development beispielsweise seit 1996 Kleinkredite bis maximal 300 US-Dollar an arme Haushalte – bislang 64 000 Mini-Darlehen. Mit dem Geld kaufen die Armen z. B. Vieh, gründen eine kleine Weberei oder züchten Pilze. Die Lebensbedingungen der Familien haben sich spürbar verbessert. Nicht nur die Reisschalen sind gefüllt, viele Familien können ihre Kinder nun zur Schule schicken. (Magazin 2015 2004)

### Ungleiche Ressourcenverwendung

Zu den wohlstandsspezifischen Disparitäten zwischen Armen und Reichen kommen noch solche hinzu,

die den Ressourcenverbrauch betreffen. Während uns eine Art Gerechtigkeitsdenken, man könnte auch sagen Nächstenliebe, in den Bereichen Gesundheit und Ernährung selbstverständlich ist, – in Deutschland gibt es eine enorme Spendenbereitschaft, um Hunger zu bekämpfen und die Gesundheitsversorgung in



Quelle: Deutsche Welthungerhilfe / Nord-Süd Info-Dienst 83, März 2000 (Wuppertal Institut P-383/00)

armen Länder zu verbessern – sind uns ähnliche Gedanken beim Ressourcenverbrauch eher fremd. Doch auch hier tut sich eine bedeutende Gerechtigkeitslücke auf. Noch heute verursachen die Industrieländer mit einem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent die Hälfte der weltweiten Kohlendioxidemissionen aus fossilen Energieträgern. Der überwiegende Teil des Straßenverkehrs findet in Industrieländern statt, und dennoch sterben hauptsächlich in den Entwicklungsländern Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung.

Indes sind es nicht mehr allein die Industrieländer des Nordens bzw. die OECD-Staaten, welche für den Löwenanteil beim Ressourcenverbrauch verantwortlich gemacht werden können. Die so genannten Schwellenländer, etwa die aufsteigenden Wirtschaftsregionen im asiatischen Raum, sind dabei, im Ressourcenverbrauch mit den Industrieländer der ehemaligen 1. Welt gleichzuziehen. Dadurch verbrauchen inzwischen alle Entwicklungsländer zusammen mehr Primärenergie als die Industrieländer. Die Entwicklungsländer mit hohem Einkommen emittieren pro Kopf gleichviel wie die Industrieländer (Wuppertal Institut 2005:57). Es ist also nicht mehr allein am Norden, seine weitere wirtschaftliche Entwicklung an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Genauso gefordert sind auch die »Newcomer«, nicht auf Kosten der ärmsten Nationen und Bevölkerungsgruppen die vorhanden Ressourcen zu plündern und die Umwelt zu verändern.

### ***Ressourcenkonflikte***

Meist wird im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte die Frage der Verteilungsgerechtigkeit in Hinblick auf die Ressourcennutzung als mögliches Zukunftsproblem eingeordnet. Wie aber beispielsweise der Krieg gegen den Irak als jüngstes Zeugnis im Verteilungskampf um Öl zu deuten ist, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass Ansprüche auf andere knappe Ressourcen wie Trinkwasser, Kupfer, Zink, Holz usw. ebenso bereits heute die Ursache sozialer Konflikte sind. Lange bevor die Ressourcen in der Zukunft zu Ende gehen oder ökologische Schäden sichtbar werden, sorgt Ressourcenknappheit bereits in der Gegenwart für Unfrieden und Benachteiligung. Hierzu zwei Beispiele.

**Öl:** „Kein Blut für Öl“ lautete das Motto vieler Demonstrationen gegen den Irak-Angriff. Kaum jemand nahm den Amerikanern ihre Friedens- und Demokratisierungsmission ab. Kaum ein Land war von der Weltölkrise 1973 so stark betroffen wie die USA. Auch heute noch wären die USA von rasanten Preissteigerungen am stärksten betroffen – sie benötigen 25 Prozent der jährlichen kom-



merziellen Energieangebote (bei einem Weltbevölkerungsanteil von fünf Prozent). Rechtfertigt der Energiehunger Kriege?

Die Gründe für den Aufmarsch im Irak mögen weniger redlich sein, als es die Bush-Präsidenten vorgaben. Fest steht aber auch, dass die USA zur Zeit nur knapp ein Viertel ihrer Ölimporte aus den Opec-Ländern am Golf beziehen und Europa dagegen etwa 30 Prozent. Zudem stehen die militärischen Kosten in keinem Verhältnis zu den gegebenenfalls höheren Kosten des schwarzen Goldes auf dem Weltmarkt. Kein Blut für Öl? Man könnte auch sagen: „Trotz Blut kein Öl“ (Thumann 2003), denn kein Krieg kann die Abhängigkeit von Saudi-Arabien aufheben – lediglich der Preisanstieg ließe sich eventuell aufschieben.

In naher Zukunft werden die Ölvorkommen der westlichen Industrieländer aufgezehrt sein. Die energiestrategische Relevanz Saudi-Arabiens, Iraks und Irans u.a. wächst beständig. Hätte sich der ehemalige Bündnispartner der Amerikaner Saddam Hussein 1991 Kuwait einverleibt, würde er heute über die größten Ölreserven der Welt verfügen. Das Kaspische Meer und Sibirien sind nicht mehr als ein kurzer Hoffnungsschimmer. Russlands nachgewiesene Reserven fallen mit 4,6 Prozent der Weltvorkommen hinter den saudischen mit 25 Prozent kaum ins Gewicht. Während die meist privaten russischen Firmen so viel Öl produzieren, wie der Bohrturm nur hergibt, behält sich die staatliche saudische Ölfirma ihre strategische »Überschusskapazität« vor. Wo die Russen jedes Fass Erdöl für zehn bis zwölf Dollar Förderlohn mühsam aus dem sibirischen Boden stampfen, sprudelt in Saudi-Arabien das Öl für drei bis fünf Dollar pro Fass aus dem Wüstensand (Thumann 2003).

Letztlich ist die geostrategische Bedeutung des nahen Osten ein Gemeinplatz. Vorsichtig ausgedrückt birgt Erdöl ein enormes Konfliktpotential. Der schonende Umgang mit Ressourcen, eine Energiepolitik im Sinne der Nahhaltigkeit – das darf getrost festgehalten werden – ist also auch gleichzeitig aktive Friedenspolitik in Gegenwart und für die Zukunft.

Konflikte mikropolitischen Art – zwischen den Ölkonzernen und betroffenen Einheimischen – entstehen durch die Ölförderung selbst und beim Transport. Toxische Abfälle und Leckagen in den Pipelines sorgen regelmäßig für mittlere Umweltkatastrophen. So hat die Erschließung von Ölfeldern Lebensräume im Urwald von Kolumbien, Brasilien, Peru und Ecuador, im Nigerdelta oder in der sibirischen Tundra gekostet. Durch Sabotage und Appelle an die internationalen Eliten versuchen die Ortsansässigen die Aufmerksamkeit auf die für europäische Verhältnisse undenkbare Situation zu lenken.

Im Übrigen bestehen etwa in Nigeria erhebliche Verteilungsungerechtigkeiten. In Anbetracht der exportierten Erdölmengen müssten die Bürger des Landes reich sein. Doch zu ihrem Leidwesen wurden die Erlöse in irrsinnige Bauprojekte gesteckt oder verschwanden gleich in den dunklen Kanälen des korrupten Regimes. Die Machthaber in Nigeria fördern jeden Tag zwei Millionen Fässer Erdöl, aber an den Tankstellen des Landes gibt es kein Benzin. Das Volk hungert und ist von internationaler Hilfe abhängig.

*Wasser:* Die Deutschen verbrauchen pro Kopf knapp 130 Liter Trinkwasser am Tag. Unter den Industrieländern ist das sogar wenig. Kaum vorstellbar, dass Trinkwasser eines Tages so kostbar sein könnte wie Öl. Doch schon heute müssen um die zwei Milliarden Menschen verseuchtes und verdrecktes Trinkwasser trinken. Im Gazastreifen gibt es für jeden Einwohner im Durchschnitt nur 45 Liter täglich – der Durchschnittsamerikaner verbraucht täglich knapp 300 Liter. Kriegerische Auseinandersetzungen um Trinkwasser werden immer wahrscheinlicher. Viel zitiert ist die schon zwanzig Jahre alte Drohung des ägyptischen Präsidenten Sadat: „Wer mit dem Nilwasser spielt erklärt uns den Krieg“. Möglichkeiten, dem Nachbarn das Wasser abzugraben, gibt es genug. Zu den weltweit rund 40 000 Staudämmen kommt täglich einer hinzu. Jeder Staudamm birgt Konfliktpotential. Vorsichtshalber hat die Türkei ihre gewaltigen Baustellen an Euphrat und Tigris mit Boden-Luft-Raketen bestückt, um sie vor militärischen Angriffen zu schützen. Für mehr als 25 Millionen Euro baut das Land in Südostanatolien 21 Staudämme und 19 Kraftwerke, mit dem Atatürk-Damm als Kernstück.

Allerdings ist in den meisten Fällen nicht Wasserknappheit an sich der Konfliktgrund. Zwei amerikanische Wissenschaftler haben festgestellt, dass der letzte »richtige« Wasserkrieg bereits 4500 Jahre zurückliegt und zwischen den zwei mesopotamischen Stadtstaaten Lagash und Umma stattfand. Die gleiche Studie sagt aus, dass Wasser in vielen Konflikten aber durchaus eine Rolle spielt als Druckmittel oder Vorwand für andere Konflikte. Es ist daher kein Zufall, dass die US-Regierung kurz nach dem Terroranschlägen vom 11. September ankündigten, ein Frühwarnsystem für internationale Konflikte um Wasser einzurichten. Die Europäer blicken ebenfalls mit Sorge auf die krisenhafte Wasserversorgung in Nordafrika. Die Verschärfung der Wassernot könnte eine Flüchtlingsbewegung in Gang setzen.

Dabei gibt es zumindest theoretisch reichlich Trinkwasser auf unserem Planeten. Jedem Menschen stehen statistisch zwei Millionen Liter zur Verfügung. Verdunstung und Niederschlag lassen diese

Menge permanent zwischen Himmel und Erde zirkulieren. Das Problem ist die ungleiche Verteilung. Während beispielsweise China 22 Prozent der Weltbevölkerung beherbergt und nur sieben Prozent aller Niederschläge erntet, bekommen lediglich drei Prozent der Bevölkerung im Amazonasbecken 15 Prozent der Niederschläge ab.

Konflikte um Trinkwasser können durch bi- und multilaterale Abkommen beigelegt bzw. vermieden werden. Mehr als diplomatisches Geschick erfordert eine gerechtere Verteilung des kostbaren Guts. Ein Weg könnte der Import von wasserintensiven Nahrungsmitteln sein wie Tomaten, Rindfleisch oder Getreide. Schließlich werden ca. 1000 Liter Wasser benötigt, um ein Kilogramm Weizen zu erzeugen. Davon müssen wiederum 16 Kilogramm für ein Kilogramm Rindfleisch verfüttert werden. Die Einfuhr solcher Kostbarkeiten erfordert allerdings genügend finanzielle Mittel, worüber gerade die meisten wasserarmen Regionen nicht verfügen.

### ***Geschlechtergerechtigkeit***

Wenn hier über Gerechtigkeit innerhalb unserer Generation gesprochen wird, muss auch die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau bedacht werden (*siehe auch Text: Frauen und Demographie von Ursula Mehrländer in der OnlineAkademie*). Geschlechtergerechtigkeit ist sowohl national wie international ein relevantes Thema. Allerdings könnten die Herausforderungen in Industrieländern auf der einen und Entwicklungsländern auf der anderen Seite kaum unterschiedlicher sein. Während in Deutschland beklagt wird, dass von Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Geschlechter noch keine Rede sein kann, ist für Frauen aus anderen Teilen der Welt unsere Situation ein ebenso erstrebenswertes wie weit entfernt liegendes Ziel. Wie dem auch sei, inzwischen ist Gender Mainstreaming ein fester Bestandteil des nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsdiskurses.

#### **Box: Gender Mainstreaming**

Im Gesellschaftsdiskurs um Geschlechtergerechtigkeit hat der Begriff Gender Mainstreaming Karriere gemacht und ist fast zum Modewort geworden. Gender Mainstreaming besteht in der (Re)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungen beteiligten Akteure und Akteurinnen einzubeziehen. Übergeordnetes Ziel ist die Chancengleichheit für Frauen und Männer. Die Umsetzung dieses

Ansatzes für zukunftsfähige Entwicklung setzt sowohl das Wissen um die Entstehung des derzeitigen Geschlechterverhältnisses in der Gesellschaft voraus als auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit seiner Veränderung durch individuelles und organisationales Lernen (Definition des Europarates Straßburg 1998).

In der Agenda 21 wurde der Geschlechtergerechtigkeit ein eigenes Kapitel gewidmet, mit dem Titel „Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung“. Danach ist die Beseitigung von Ungleichheitsstrukturen im Geschlechterverhältnis – durch Empowerment und Gleichstellung – eine Voraussetzung, um nachhaltige Entwicklung erreichen zu können. Gefordert wird u. a. eine stärkere Beteiligung der Frauen an den gesellschaftlichen und politischen Meinungsbildungs- sowie Entscheidungsprozessen. Es wird zudem verlangt, alle umweltpolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen zu überprüfen, den von ihnen geleisteten Beitrag zu würdigen sowie den ihnen entstehenden Nutzen sicherzustellen.

### ***Beispiel: Frauen erhalten Artenvielfalt***

Überall auf der Welt, wo Nahrungsmittel lokal angebaut werden, haben sich in bäuerlichen Gemeinschaften insbesondere die Frauen um den Erhalt der Artenvielfalt und die Verbesserung der genetischen Ressourcen gekümmert. Tatsächlich spielen Frauen eine zentrale Rolle bei der Erhaltung wie auch der strategischen Nutzung biologischer Vielfalt. Sie tragen nicht nur Sorge für die Ernährung ihrer Familien, sondern sind Garanten dafür, dass lokales Wissen, Überlebentechniken und das kulturelle Gedächtnis erhalten bleiben. Auch sind sie oft für die Auswahl und Konservierung des Saatguts verantwortlich. Indem sie die Samen für Gemüse, Früchte und viele andere Pflanzen auswählen, aufbewahren, sortieren und säen, fällt ihnen zusätzlich eine wichtige Rolle beim Erhalt der genetischen Ressourcen und der Artenvielfalt zu.

Die allgemeine Praxis, Saatgut und Samen mit Nachbarn und Verwandten zu teilen, trägt dazu bei, die genetische Vielfalt zu stärken. Verschiedene Gemüsesorten zum Beispiel garantieren Nahrung aus verschiedenen Anbaugebieten und zu unterschiedlichen Jahreszeiten. Im Seed Wealth Center in Bangladesh können die Bäuerinnen beispielsweise ihre gesammelten Samen deponieren. Das Zentrum sammelt lokales Saatgut mit dem Ziel, die für das Saatgut der Bauern geeignetsten Produktionstechniken zu übernehmen und zu verbessern. So wurden innerhalb sehr kurzer Zeit Hunderte von lokalen Samenarten von Reis, Gemüse, Früchten und Bäumen neu eingesetzt. Die Bäuerinnen

im Nayakrishi-Gebiet kultivieren beispielsweise mindestens 1027 Sorten von Reis, und diese Anzahl nimmt ständig zu. In einem Land, in dem mehr als 15 000 verschiedene Reissorten in nur zwei Jahrzehnten auf acht bis zehn Sorten reduziert wurden, bedeutet dies, dass der Trend zur genetischen Unterminierung umgekehrt werden konnte (Jo'burg-Memo 2002:29).

#### 4. Gerechtigkeit zwischen den Generationen

Während Gerechtigkeit innerhalb einer Generation schon seit der Antike ein Thema ist, erscheint die Frage der Gerechtigkeit zwischen heutigen und zukünftigen Generationen relativ neu (Beckermann 1999:71; Luks 2002:29). Möglicherweise ist Generationengerechtigkeit die wichtigste Begründung, warum man Umwelt schützen sollte (Tremmel 2003:28). Manche fordern, zukünftigen Generationen die Umwelt zumindest in dem Zustand zu überlassen, in dem wir diese vorgefunden haben, damit die nachfolgenden Generationen mindestens gleiche Lebens- und Entwicklungschancen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben (Boelling:442).

Andere meinen, dass zukünftigen Menschen (lediglich) ein bestimmtes Wohlstandsniveau – ungeachtet der ökologischen Situation – garantiert werden müsse. Nachhaltige Entwicklung wird dann so interpretiert, als dürfe das Bruttosozialprodukt pro Kopf niemals unter das Niveau der gegenwärtigen Generation sinken. Aber warum sollte man dem gegenwärtigen Wohlfahrtsniveau des Nordens eine wesentliche normative Bedeutung zusprechen? Aufgrund eines außergewöhnlichen Zusammentreffens verschiedener Entwicklungen kann man nicht den gegenwärtigen Lebensstand als Existenzminimum definieren, welches von zukünftigen Generationen nicht unterschritten werden darf. Zumal zurückliegende Generationen mit wesentlich weniger ausgekommen sind (und auch glücklich waren) – genauso wie ein Großteil der heutigen Weltbevölkerung (vgl. Beckermann 1999:73). Es kann gerecht sein, wenn sich der Lebensstandard der »Reichen« zugunsten der »Armen« verringert. Es muss also nicht ungerecht sein, wenn die »Reichen« der zukünftigen Generationen weniger haben als die »reichen« Menschen von heute. So gesehen ist es zumindest fraglich, das Wohlstandsniveau der industrialisierten Länder als Maßstab zu definieren.

Was müssen wir nun im Interesse der zukünftigen Generationen tun? Ist es gerecht, auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu verzichten, um den weiteren Flächenfraß aufzuhalten und den Zuwachs des Flugverkehrs zu begrenzen, wenn der Verzicht auf den Ausbau Nachteile für die Region bringt, weil keine weiteren Arbeitsplätze geschaffen werden? Die Annahme ist verbreitet, dass wir nicht genug für die zukünftigen Generationen tun. Aber wie können wir bestimmen, wie viel genug

ist? Was ist erforderlich für ein zufriedenes Leben, eine gerechte Gesellschaftsordnung? Hier hilft uns Rawls Theorie der Gerechtigkeit weiter, welche auf die Formulierung einer gerechten Gesellschaftsordnung abzielt. Rawls definiert Gerechtigkeit als Fairness und definiert eine Gesellschaftsordnung als gerecht, der jedes Mitglied dieser Gesellschaft zustimmen könnte, auch wenn es – durch den Schleier der Ungewissheit – noch nicht weiß, welche Stellung es in dieser Gesellschaft innehaben wird (Rawls 1971:60). Für den Umgang mit der Natur könnte man schließen: Wir sollten die Natur so hinterlassen, wie wir sie uns selbst wünschen würden, wenn wir nicht wüssten, in welchem Zeitabschnitt der Zukunft wir in welcher gesellschaftlichen Rolle leben würden.

Doch ist es nicht purer Luxus über die Sorgen der zukünftigen Generationen nachzudenken, wenn bereits gegenwärtig Millionen Menschen nicht einmal mit einer minimalen Grundversorgung ausgestattet sind? Pointiert formuliert könnte man sagen: „Die Sorge um die Luft der Kinder von morgen ist berechtigt, aber nicht besonders glaubwürdig, solange man die Babys heute verhungern lässt“ (Maxeiner/Miersch 1996). Es mag paradox wirken, aber in solchen Aussagen steckt indirekt die Aufforderung, auch die Interessen zukünftiger Generationen zu beachten. Denn eben gerade weil wir die Grundbedürfnisse vieler Menschen noch nicht einmal in der Gegenwart beachten, berücksichtigen wir auch die vitalen Interessen der kommenden Generationen nicht (Barry 1999:113). Das, was verwerflich gegenüber zukünftigen Generationen erscheint, ist schon unter den momentan Lebenden verwerflich. Barry meint sogar, dass Verteilungsungleichheiten in der Zukunft fast zwingend Ursache intragenerationeller Ungerechtigkeiten in der Gegenwart sind (Barry 1999:113). Das heißt, intergenerationelle Gerechtigkeit kann nicht unabhängig von intragenerationeller Gerechtigkeit angestrebt werden. Beide Gerechtigkeitsdimensionen sind gleichzeitig zu berücksichtigen.

Das Gerechtigkeitspostulat des Nachhaltigkeitskonzepts stellt uns also vor enorme Herausforderungen. Den Ressourcenverbrauch im Interesse zukünftiger Generationen mindern: ja – aber nicht auf Kosten der gegenwärtigen. Kann das eine gelingen, wenn man das andere will, und umgekehrt? Wir bewegen uns in einem kontinuierlichen „sowohl als auch“, in einem beständigen Lern- und Suchprozess.

### ***National***

National ist uns der Diskurs über intergenerationelle Gerechtigkeit vor allem in Bezug auf die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme geläufig. Insbesondere die Diskussion um das Rentensystem ist vom Stichwort Generationengerechtigkeit geprägt. Junge Menschen müssen sich auf ein

stark gesunkenes Rentenniveau bei gleichzeitig hohen Beitragszahlungen einstellen. Durch die gebotene private Zusatzversicherung verstärkt sich die Belastung und viele fragen sich, ob die Lasten zwischen den gegenwärtigen und künftigen Generationen gerecht verteilt sind. Ebenso beunruhigend ist die übermäßige Verschuldung der Finanzhaushalte, welche ebenfalls auf künftige Generationen übertragen werden, deren Entscheidungsspielraum sich dadurch enorm einschränkt.

**Box: Ökologische Generationengerechtigkeit in der Verfassung**

Mit Beginn der 1990er Jahre ist das Nachhaltigkeitskonzept zunehmend als Handlungsrahmen für die Politik und Verwaltung aufgegriffen worden. So wurde der Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung in den EU-Vertrag aufgenommen und dort verankert. Der im Jahre 1994 eingeführte Art 20a GG legt fest: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

*(siehe auch Text: Verankerung von Generationengerechtigkeit in der Verfassung von Jörg Tremmel in der OnlineAkademie)*

Es ist auch eine nationale Frage der intergenerativen Gerechtigkeit, ob unseren Enkeln noch genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Einige fossile Ressourcen wie etwa Erdgas stehen in Deutschland schon gegenwärtig nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung. Zudem sind viele unserer Eingriffe in die Natur meist nicht rückführbar – denken wir an den Klimawandel – und schränken den Handlungsspielraum der nächsten Generationen ein.



Quelle: Plaßmann, Frankfurter Rundschau

### ***Beispiel: Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung***

Wer sich für intergenerative Gerechtigkeit beim Ressourcenverbrauch und in Hinblick auf die vom Menschen verursachten Umweltveränderungen ausspricht, muss auch sagen, wie das geschehen soll. Zu diesem Zweck legte die Bundesregierung im Jahr 2002, passend zum Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg, ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie vor. In dem Dokument wird das Nachhaltigkeitsleitbild aus Sicht der Regierungsvertreter erörtert und werden Indikatoren und Ziele benannt. Das Nachhaltigkeits-Leitbild der Strategie besteht aus den vier Koordinaten: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Durch die regelmäßige Berichterstattung soll die Kontinuität und der Prozesscharakter der Nachhaltigkeitspolitik deutlich werden. Zudem erscheint es sinnvoll, die Nachhaltigkeitspolitik an quantifizierten Indikatoren messbar und transparent zu machen.

### ***International***

Von der lokalen bis zur globalen Ebene zeigen viele Erfahrungen, dass Ressourcen (Wasser, Holz, Erdöl, Bodenschätze usw.), Nutzflächen (Gelände für Bauvorhaben, Siedlungen und Infrastruktur) und Senken (Böden, Meere, Atmosphäre) als natürliche Inputs für das Wirtschaftswachstum knapp oder instabil geworden sind. Es sind vor allem die reichen Länder (etwa die OECD-Staaten) und die Reichen von Ländern wie Brasilien, Indonesien, China usw., die im Wesentlichen für den rasanten Ressourcenschwund verantwortlich sind. Diese sind es vor allem, die auch im Sinne einer internationalen Gerechtigkeit zwischen den Generationen ihre Art des Wirtschaftens ebenso verändern müssten wie ihren Lebensstil. Es ist ungewiss, ob der technologische Fortschritt die Probleme der Ressourcenverknappung lösen wird, geschweige denn, ob diese Technologien den Armen der Welt zur Verfügung stehen werden.

Wir wissen immerhin, dass Entwicklung nicht länger das Alleinstellungsmerkmal des Südens ist. Nord und Süd, West und Ost müssen sich entwickeln und zwar im Sinne der Nachhaltigkeit. Wir können heute unmöglich vom andern nachhaltige Entwicklung fordern, ohne die Bereitschaft erkennen zu lassen, die eigenen Lebensgewohnheiten zu überdenken. Zweifellos lässt sich über Nachhaltigkeit trefflich streiten, aber Einigkeit besteht doch über zwei grundlegende Annahmen: Die hoch industrialisierten Länder müssen ihren Ressourcenverbrauch mindern und die ärmeren Länder haben das Recht auf wachsenden Ressourcenverbrauch, ohne jedoch die ökologischen Fehlentwicklungen der Reichen zu wiederholen. Über quantitative Ziele gibt es nach wie vor keine Ei-



nigkeit. Für die Industrieländer besteht die Herausforderung darin, den Ressourcenfluss ohne Beeinträchtigung des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit zu mindern. Die südlichen Länder sind hingegen aufgerufen, den Ressourcenverbrauch mit einer viel niedrigeren Rate, als es die Industrieländer in ihrer Geschichte taten, zu erhöhen und gleichzeitig das menschliche Wohlergehen ausgewogen zu steigern.

## **5. Strategien und Instrumente für ökologische Generationengerechtigkeit**

Wenn man sich erst einmal einig ist, dass wir zu Gunsten der kommenden Generationen den gegenwärtigen Ressourcenverbrauch einschränken müssen, stellt sich im nächsten Schritt die Frage, mit welchen Strategien und Instrumenten das geschehen soll. Wie sollen beispielsweise die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erreicht werden? Grundsätzlich können wir drei strategische Stoßrichtungen unterscheiden (*sie werden etwas ausführlicher im Beitrag: Nachhaltige Entwicklung: Das Leitbild für eine ökologisch-tragfähige und generationengerechte Entwicklung von Michael Kopatz in der OnlineAkademie erläutert*): Effizienz (weniger Input bei gleichem Output), Konsistenz (gleicher Output mit anderen Mitteln) und Suffizienz (weniger Output). Ein Auto ist beispielsweise effizient, wenn es relativ wenig Sprit verbraucht. Befindet sich Biodiesel im Tank, wird das Ziel mit anderen Mittel erreicht. Und es ist suffizient, das Gefährt gelegentlich stehen zu lassen oder ein Tempo von 100 km/h nicht zu überschreiten.

Es stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, um diese Strategien umzusetzen und Bürgerinnen und Bürger zu entsprechenden dauerhaft-tragfähigen Konsum- und Lebensstilen zu ermuntern. Sie können hier nicht ausführlicher erörtert werden, lassen sich jedoch kurz und knapp in einer Übersicht zusammenfassen:

Gebote und Verbote / Ordnungsrecht	Marktwirtschaftliche / Förderinstrumente Anreizsysteme	Planungsrecht / Infrastruk- turinstrumente	Vereinbarungen / öff. Beschaffung	Bildung/Information / Stärkung der Eigenverantwortung
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umwelt-Qualitätsstandards (Immissions- / Emissionsbegrenzungen)</li> <li>▪ Bewilligungspflichten</li> <li>▪ Haftungsrechtliche Vorschriften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Subventionen</li> <li>▪ Gebühren und verwandte Abgaben</li> <li>▪ Lenkungsabgaben</li> <li>▪ Pfandsysteme / Einrichtung von Märkten</li> <li>▪ Anreizsysteme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Raumwirksame Vorschriften</li> <li>▪ Infrastrukturinstrumente</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vereinbarungen zwischen Staat und Wirtschaft</li> <li>▪ Zertifizierungen und Labels</li> <li>▪ Öffentliches Beschaffungswesen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunikationsinstrumente ohne direkte Aufforderung</li> <li>▪ Kommunikationsinstrumente mit direkter Aufforderung</li> <li>▪ Diffusionsinstrumente</li> </ul>

Quelle: eigene Darstellung

***Beispiel: Emissionshandel***

Exemplarisch und aufgrund seiner Aktualität sei das marktwirtschaftlich orientierte Instrument des Emissionshandels herausgegriffen. Dieses neue Instrument soll sicherstellen, dass Emissionen dort reduziert werden, wo es am kostengünstigsten ist. Die Anlagen erhalten handelbare Emissionsrechte, die den Betreibern kostenlos zugeteilt werden. Liegen die tatsächlichen Emissionen einer Anlage über der zugeteilten Menge, muss der Betreiber Emissionsrechte zukaufen. Im umgekehrten Fall kann er sie verkaufen. Auf diese Weise werden Anreize zur Energieeinsparung und Effizienz gesetzt. Wer weniger Treibhausgase in die Atmosphäre bläst kann viel Geld sparen. Zur Einführung des Emissionshandels sind das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) und das Gesetz über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen für den Zeitraum 2005-2007 beschlossen worden. Ist das Gesetz erfolgreich, dann steht es sozusagen im Dienste der zukünftigen Generationen. Zum einen wird die Klimaproblematik zumindest vom Ansatz her entschärft und zum anderen werden die nicht erneuerbaren Ressourcen wie Öl- und Kohle länger erschwinglich sein und zur Verfügung stehen.

**6. Ausblick: Auf dem Weg zur Nachhaltigen Entwicklung**

So abstrakt das Konzept „Nachhaltige Entwicklung“ mit dem darin enthalten Postulat der Generationengerechtigkeit zunächst erscheinen mag, sind die praktischen Maßnahmen insbesondere auf individueller Ebene recht trivial. Ökologische Generationengerechtigkeit bedeutet für den einzelnen Haushalt eines industrialisierten Landes letztlich nichts anderes als beispielsweise den Ressourcen-

verbrauch durch effiziente Heizungen, Sparlampen, -tasten, Dämmung u.ä. zu reduzieren oder durch Einkauf von Biokost, Nutzung des ÖPNV u.ä. das Konsum- und Mobilitätsverhalten zu verändern.

Wir wissen aber auch, dass Car-Sharing, Energiesparmaßnahmen, Ernährung aus ökologischem Anbau u.ä. nur dann verstärkt umgesetzt werden, wenn befördernde Rahmenbedingungen gegeben sind. Beispielsweise wurde durch die ökologische Steuerreform solches versucht. Durch die gleichmäßige Verteuerung des Rohstoffs Benzin soll unter anderem erreicht werden, dass die Konsumenten verbrauchsarme Autos kaufen, weniger Auto fahren, Fahrgemeinschaften bilden usw. Und tatsächlich hat sich der Spritverbrauch der Automobilflotte seit Einführung der viel kritisierten Steuer Jahr für Jahr vermindert. Ein anderes Beispiel ist das Gesetz zur Einspeisung von Energie in das Stromnetz. Es macht die Investition in erneuerbare Energien selbst für Privathaushalte attraktiv und hat inzwischen einen wahren Boom in der Solarbranche ausgelöst.

Noch viele weitere Initiativen von Bund und Land ließen sich anführen und unzählige kleinere Projekte und Maßnahmen vorstellen, die auf eine nachhaltige Entwicklung hinwirken. Sie werden zum Beispiel auf der Website [www.gute-beispiele.net](http://www.gute-beispiele.net) dokumentiert. Insgesamt, so darf man schließen, wurde schon viel erreicht und die Lokomotive des Nachhaltigkeitszugs auf die Schiene gesetzt. Doch es ist auch keine Frage, dass noch nicht alle Waggons angekoppelt und viele neue Schienen noch verlegt werden müssen. Artensterben und Klimawandel sind bei weitem nicht abgewendet; der immer noch wichtigste Rohstoff Öl wird innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre erheblich teurer werden. Wir leben in der Vergangenheit der zukünftigen Generationen. Heute – im hier und jetzt – fällt uns die Verantwortung zu, Entscheidungen mit solcher Weitsicht zu treffen, dass unsere Entwicklung eines Tages nachhaltig und damit ökologisch gerecht ist.

*Michael Kopatz (Dipl.-Soz.-Wiss.) studierte im Schwerpunkt Umweltpolitik/Umweltplanung und ist seit 1997 Mitarbeiter des Wuppertal Instituts (Forschungsgruppe "Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik"). Er promoviert gegenwärtig zum Thema Verwaltungsreform und Nachhaltigkeit. Arbeitsschwerpunkte: Lokale Agenda 21, Nachhaltige Stadtentwicklung, Integration des Nachhaltigkeitskonzepts in die öffentliche Verwaltung, Nachhaltige Wohlfahrt, Generationengerechtigkeit, Umwelt und Gesundheit.*

## Literatur

- **Barry, Brian** (1999): Sustainability and Intergenerational Justice, in: Dobson, Andrew (Hrsg.): Fairness and Futurity. Essays on Environmental Sustainability and Social Justice, Oxford, S. 93-117
- **Beckermann, Wilfred** (1999): Sustainable Development and Our Obligations to Future Generations, in: Dobson, Andrew (Hrsg.): Fairness and Futurity. Essays on Environmental Sustainability and Social Justice, Oxford, S. 71-92
- **Boelling, Anemon Constanze** (2003): Ist die ökologische Generationengerechtigkeit in guter Verfassung? Vorschläge zur grundsätzlichen Stärkung ökologischer Generationengerechtigkeit, in: Tremmel, Jörg (Bearbeitung): Handbuch Generationengerechtigkeit, München S. 27-78
- **HDR (Human Development Report, hrsg. vom UNEP)**
- **Leisering, Lutz** (2004): Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats, in: Liebig, Stefan / Lengfeld, Holger / Rau, Steffen (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften, Frankfurt a.M. / New York, S. 29-68
- **Luks, Fred** (2002): Nachhaltigkeit, Hamburg
- **Magazin 2015 (Das Magazin zum Aktionsprogramm 2015)** (2004): Ernährung und Hunger. Nr. 2. Bonn
- **Maschewsky, Werner** (2004): Umweltgerechtigkeit – Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung. Berlin: WZB AG Public Health WZB-Paper Nr. SP1 2004 - 301.
- **Maxeiner, Dirk/Miersch, Michael** (1996): Öko-Optimismus, Düsseldorf u.a.
- **Rawls, John** (1971): A Theory of Justice. Harvard
- **Sachs, Wolfgang** (2002): Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt
- **SRU (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen)** (2002): Umweltgutachten 2002. Für eine neue Vorreiterrolle. Stuttgart
- **Thumann, Michael** (2003): Trotz Blut kein Öl, in: Die Zeit Nr. 9
- **Tremmel, Jörg** (2003): Generationengerechtigkeit - Versuch einer Definition, in: Tremmel, Jörg (Bearbeitung): Handbuch Generationengerechtigkeit, München S. 27-78
- **Weltentwicklungsbericht 2005:55**
- **Wuppertal Institut (Hrsg.)** (2005): Fair Future. Ein Report des Wuppertal Instituts. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit (Autoren: Wolfgang Sachs, Tilman Santarius u.a.). München